

Hannes Heer

## **Paul von Hindenburg**

Darmstadt 6. Mai 2014

Bei meiner Expertise im Rahmen der Aktion zur Umbenennung der Hindenburg-Straße orientiere ich mich bei Darstellung und Bewertung des Lebens von Hindenburg an den Maßstäben, die von der Stadtverordnetenversammlung am 19. Februar 2013 für Namensgeber von Darmstädter Straßen formuliert worden sind: Demnach sollen alle diejenigen Personen, „deren Leben bzw. politische Einstellung sich nicht mit den Werten einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft vereinbaren lassen“ von Straßenschildern der Wissenschaftsstadt Darmstadt verbannt werden.<sup>1</sup> Die Darstellung stützt sich auf die 2007 erschienene profunde Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta und die Studien, die Karl-Dietrich Bracher, Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen, Horst Möller, Ulrich Kluge, Ian Kershaw und Richard Evans zur Weimarer Republik und zum Machtantritt Hitlers verfasst haben.

### ***1. Krieg und Frieden***

Paul von Beneckendorf und von Hindenburg wurde 1847 als Sohn eines Gutsbesitzers in Posen geboren. Nach dem Besuch der Kadettenanstalt nahm er 1866 als Leutnant am Krieg Preußens gegen Österreich und am deutsch-französischen Krieg 1870/71 teil. Er besuchte die Kriegsakademie und wurde nach deren Abschluss in den Großen Generalstab, danach ins Kriegsministerium versetzt. Nach Posten als Chef des Generalstabs, Divisionskommandeur und Kommandierender General nahm er 1911 im Alter von 64 Jahren seinen Abschied und lebte als Pensionär in Hannover. Verbittert über seine Nichtverwendung bemühte er sich nach Kriegsbeginn mit allen Kräften vergebens um ein Frontkommando. Aber erst am 22. August 1914 wurde er angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Front in Ostpreußen reaktiviert und zum OB der 8. Armee ernannt: Aufgrund der Pläne seines genialen Stabschefs Erich Ludendorff gelang es, zwischen dem 25. August und dem 15. September 1914 bei Tannenberg die 2. russische Armee zu zerschlagen und die 1. Armee aus Ostpreußen zu vertreiben. Hindenburg wurde aufgrund dieser Siege zum Befehlshaber der gesamten Ostfront und zum Generalfeldmarschall ernannt. Zwar scheiterten Hindenburg und Ludendorff in den folgenden Monaten – angeblich wegen mangelnder Unterstützung durch

die Oberste Heeresleitung (OHL) – bei dem Versuch, „zum kriegsentscheidenden Schlag gegen Russland auszuholen“.<sup>2</sup> Aber angesichts des beim Vormarsch auf Paris im September gescheiterten Schlieffen-Plans und des seit November 1914 an der Westfront erzwungenen Stellungskrieges war Hindenburg zum berühmtesten deutschen Feldherrn, zum einzigen Hoffnungsträger und Heilsbringer geworden. Aus dieser Stimmung einer Helden- und Heiligen-Verehrung ist im März 1915 die Umbenennung der damaligen Darmstädter „Bahnhofsstraße“ in „Hindenburgstraße“ erfolgt.

Hindenburg verfolgte seit seinem Triumph an der Ostfront nur noch zwei Ziele – die Kontrolle über die gesamte Kriegsführung zu erlangen und jeden, der Zweifel am deutschen Sieg äußerte, auszuschalten: „Nicht durchhalten allein, sondern siegen“, war sein öffentlich verkündetes Credo.<sup>3</sup> Das erste Opfer war General Erich von Falkenhayn, der Chef der für die Kriegsführung verantwortlichen OHL: Dieser hatte nach dem Scheitern des Vormarsches und mit dem Erstarren der Fronten im Westen die Hoffnung auf einen siegreichen Zweifrontenkrieg verloren und forderte von der Politik, die Weichen für einen Separatfrieden mit Russland zu stellen. Hindenburgs Versuch, mit Unterstützung des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg vom Kaiser im Januar 1915 die Abberufung des Defätisten zu verlangen, scheiterte zunächst, sollte aber 1916 Erfolg haben. Falkenhayns letzter Versuch, durch das „Ausbluten“ der französischen Armee bei der Verteidigung der Festungswerke von Verdun doch noch eine Kriegswende herbeizuführen – um den Preis von mehr als 600 000 Toten und Verwundeten auf beiden Seiten – war im Juli 1916 gescheitert, gleichzeitig hatten die russischen Armeen mit einer Offensive in der Westukraine zwei österreichisch-ungarische Armeen vor sich hergetrieben und 200 000 Gefangene gemacht, an der Somme waren englische Truppen zum Sturm auf die deutschen Linien angetreten und am 27. August hatte Rumänien den Mittelmächten den Krieg erklärt. Angesichts dieser Krise gelang es Bethmann-Hollweg, bei Wilhelm II. die Entlassung Falkenhayns und die Berufung Hindenburg und Ludendorff als neuer Spitze der Obersten Heeresleitung durchzusetzen. Die ab 29. August amtierende neue OHL, dessen Führungspersonal den schon lange vorgetragenen Forderungen der industriellen und agrarischen Interessenverbänden ebenso entsprach wie den Annexionisten des einflussreichen „Alldeutschen Verbandes“ organisierte ab jetzt den „totalen Krieg“ und übte zur Durchsetzung dieses Kurses, wie Hans-Ulrich Wehler formuliert hat, „diktatorähnliche Gewalt“ aus.<sup>4</sup>

Das zweite Opfer Hindenburgs war der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der mittlerweile ebenfalls am Sieg zweifelte und Deutschlands Rettung nur in der Einleitung von

Friedensverhandlungen erblickte. Für diesen Schritt der Abkehr vom noch immer propagierten und von der Mehrheit der Deutschen erhofften „Siegfrieden“ wollte er den Kriegsheld als Unterstützer gewinnen: Den jetzt zu erwartenden „enttäuschenden Frieden“, so hatte er dem Kaiser versichert, könne er nur „mit Hindenburg [machen], ohne ihn nicht“.<sup>5</sup> Bethmann-Hollwegs Fehleinschätzung hätte nicht größer sein können – Hindenburg übernahm statt der Rolle des Friedens- die des Kriegsmachers. Als die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 mit seiner Billigung allen kriegführenden Mächten ein Friedensangebot unterbreitete und der amerikanische Präsident Wilson wenige Tage später mit der Forderung reagierte, die Kriegsparteien sollten ihre konkreten Kriegsziele nennen, verweigerte der Feldmarschall kategorisch jede Kooperation: „In Rücksicht auf unsere starke militärische Position [können wir] darauf jetzt nicht mehr eingehen“.<sup>6</sup> Mit der militärischen Stärke war die gerade abgeschlossene Besetzung Rumäniens gemeint. Auch in einer anderen zentralen Frage entschied er sich gegen Bethmann-Hollwegs Friedenspolitik: Im August 1916 hatte Hindenburg sich noch in Übereinstimmung mit dem Kanzler gegen die von der Marineleitung schon lange geforderte Eröffnung des völkerrechtswidrigen „unbegrenzten U-Boot-Krieges“ gegen England widersetzt – „der Verstand [spräche] noch gegen seine Anwendung“,<sup>7</sup> weil der Eintritt der USA in den Krieg die unvermeidliche Folge wäre. Jetzt folgte er aufgrund des Sieges über Rumänien der Marineleitung, die versprach, innerhalb eines halben Jahres sei England besiegt und daher werde kein amerikanischer Soldat europäischen Boden betreten.<sup>8</sup> Am 8. Januar 1917 akzeptierte auch der Kaiser dieses kriegsverschärfende Votum aller militärischen Stellen, und Bethmann-Hollweg fügte sich. Aber die OHL erhöhte wenig später den Druck auf den Kanzler, indem sie ihn bei einem „Kriegsrat“ in Anwesenheit Wilhelms II. auf eine Liste der von Wirtschaft, Politik und Militär seit langem propagierten Kriegsziele festlegte – die Annexion von Litauen und Teilen Lettlands, der flämischen Küste und Lüttichs sowie des lothringischen Erzbeckens von Longwy-Briey. Alle diese Schritte der OHL wie der übrigen militärisch Verantwortlichen verrietten – angesichts der kurz zuvor erfolgten Kriegserklärung der USA an Deutschland – das Muster einer nur als abenteuerlich zu bezeichnenden Kriegführung: „Wegen eines erhofften, aber völlig ungewissen Gewinns, [der Niederlage Englands im U-Boot-Krieg] sollten gewaltige sichere Nachteile [der Krieg mit den USA in Kauf genommen werden“, so hat Wehler diesen Eskapismus charakterisiert.<sup>9</sup>

Dieses Vorgehen wiederholte sich, als im März 1917 aus den Demonstrationen und Streiks der Arbeiter in Petersburg eine Revolution wurde, die zur Bildung einer provisorischen Regierung und der Abdankung des Zaren führte: Während der Kanzler darin die Chance erblickte, Russland mit einem Separatfrieden aus dem Block der Gegner herauszubrechen,

sahen Hindenburg und Ludendorff darin nur die einmalige Gelegenheit, Russland endgültig militärisch niederzuzwingen und ihm einen Frieden mit weitgehenden Gebietsabtretungen aufzuoktroyieren. Im Diktatfrieden von Brest-Litowsk wurde dieses Szenario Ende 1917/Anfang 1918 realisiert: Mindestens 50 deutsche Divisionen waren durch die riesigen Gebietsgewinne und die dann folgenden vertragswidrigen Eroberungen, die bis zur Besetzung des Donezbeckens und der Krim reichten, gebunden und standen für die letzte und entscheidende deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront nicht zur Verfügung.<sup>10</sup>

Bethmann- Hollweg überschritt endgültig die rote Linie, als er im April 1917, um seinen Rückhalt bei den moderaten Parteien im Reichstag zu stärken, eine Reform des vordemokratischen Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen ankündigte. Darin konnte der preußische Gutsbesitzer und kaiserliche Feldmarschall nur „den politischen Ausverkauf des alten Preußen“ sehen.<sup>11</sup> Durch eine Koalition von wirtschaftlichen Interessenverbänden, die ihre Kriegsziele gefährdet sahen, von Reichstagsparteien, die über den Zick-Zack-Kurs des Kanzlers erbost waren und der OHL – Hindenburg intervenierte viermal beim Kaiser – musste Bethmann-Hollweg am 13. Juli zurücktreten.

„Der Feldmarschall“, so hat Pyta Hindenburg diesen auf der Höhe seiner Macht im Sommer 1917 porträtiert, „stand für ein militärisch auftrumpfendes und sieghaftes Deutschland, das sich im Innern gegen den verderblichen Einfluss westlicher Irrlehren [Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus]wappnete und unter Bewahrung des preußischen Erbes seinen eigenen politischen Weg ging.“<sup>12</sup> Zur Unterstützung dieses Kurses sollte ihm eine Organisation behilflich sein, die im September 1917 unter dem Namen „Deutsche Vaterlands-Partei“ gegründet wurde. Die Parteigründung war die Reaktion auf eine Friedensresolution, die von einer Mehrheit der Reichstagsparteien – von SPD, Zentrum und der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei – am 19. Juli verabschiedet worden war und einen Frieden ohne Annexionen forderte. Die Vaterlandspartei wurde der Gegenpol zu dieser Politik. Auf Initiative des ehemaligen ostpreußischen Landschaftsdirektors Wolfgang Kapp am 2. September in Königsberg unter dem Vorsitz des Begründers der deutschen Kriegsflotte, des Großadmiral a. D. Alfred von Tirpitz, der 1916 wegen seines Eintretens für den unbeschränkten U-Boot-Krieg abgesetzt worden war, und unter dem Ehrenvorsitz des Kolonialexperten Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg in Königsberg konstituiert, wurde von Großindustrie, Großagrariern, Banken, großen Teilen des Adels und der OHL unterstützt.<sup>13</sup>

Die OHL dürfte bei der Gründung eine aktive Rolle gespielt haben.<sup>14</sup> Dafür sprechen die Person des Initiators Kapp, der seit langem durch Besuche und Briefwechsel mit dem Duo Hindenburg/Ludendorff in Kontakt stand<sup>15</sup> wie die Unterzeichner des Gründungsaufrufs, die alle aus Ostpreußen stammten, wo Hindenburgs Aufstieg begonnen hatte. Auch die ursprünglich geplante Namensgebung „Hindenburg-Partei“ wie die verwendete Formulierung „Hindenburg-Frieden“, was „Siegfrieden meinte, als zentrale Botschaft der Partei unterstützen diese These.<sup>16</sup> Schließlich konnte eine solche Gründung in Zeiten des „totalen Krieges“ nur mit Unterstützung der dafür verantwortlichen OHL erfolgen. Hindenburg wurde vier Tage vor der offiziellen Bekanntgabe über die erfolgte Gründung informiert und schickte ein aufmunterndes Danktelegramm: „Der Aufruf der ostpreußischen Männer erfüllt mich mit großer Freude, weil er ernst und fest uns Deutsche gemahnt, über inneren Hader den Krieg nicht zu vergessen.“<sup>17</sup> Diese enge Verbindung wurde auch dadurch belegt, dass gegen den Protest der Friedensparteien im Reichstag, bei Heer und Marine an der Front für die Vaterlandspartei geworben wurde.<sup>18</sup> Das geschah im Rahmen des Ende Juli an allen Fronten eingerichteten „Vaterländischen Unterrichts“. Ludendorff hatte die Maßnahme in einem Rundschreiben an die Stabschefs der Heeresgruppen und Armeen mit der „zielbewußte[n] Agitation gewisser staatszerstörender Elemente“, die auch schon auf die Truppe übergegriffen habe und die es gebiete, „den Hetzern, Flaumachern und Schwächlingen daheim und im Heer entgegen[zu]treten“.<sup>19</sup> Die Vaterlandspartei, die im Herbst 1918 nach Angaben des Vorstandes mindestens 800 000 Mitglieder zählte, war damit die größte politische Massenorganisation im Kaiserreich.<sup>20</sup> Wehler hat sie „ein Sammelbecken bürgerlicher Annexionisten und extremer Konservativer“ und eine „rechtsradikale“ Organisation genannt.<sup>21</sup>

Im Frühjahr 1918 hatte die OHL versucht, durch eine große Offensive an der Westfront, die englischen Linien zu durchbrechen, den Feind ans Meer zu drängen und dort aufzureiben. Aber nach nur einem Monat musste der Angriff wegen hartnäckigen Widerstandes abgebrochen werden. Die deutschen Armeen sahen sich ihrerseits im Juli/August einer Angriffswalze französischer, englischer und vor allem frischer amerikanischer Truppen gegenüber, der sie nichts entgegenzusetzen hatten. Als dann im September auch noch die bulgarische Armee den Angriffen der Entente weichen und einem Waffenstillstand zustimmen musste und als Folge die baldige Kapitulation der k&k Truppen drohte, gestand die OHL ihre Niederlage ein und bat die Reichsregierung Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Dafür war Max von Baden, der neubestellte Reichskanzler, verantwortlich. Aber als die US-Regierung als Vorbedingung für Verhandlungen Veränderungen der politischen Machtstrukturen und die Kampfunfähigkeit der kaiserlichen Streitmacht verlangte,

widersetzte sich die OHL. Ludendorff, der weil es keine Front mehr gab, ersetzbar war, wurde daraufhin am 26. Oktober entlassen, mit dem Odium, für die Niederlage verantwortlich gewesen zu sein. Hindenburg brauchte man noch. Er wählte als Nachfolger seines gestürzten Stabschefs den erfolgreichen Chef des preußischen Kriegsammtes, General Groener, und passte sich ab jetzt den realen Gegebenheiten an, die durch den am 3. November in Kiel erfolgenden Aufstand der Matrosen in Kiel und der sich von dort ausbreitenden revolutionären Ereignissen bestimmt waren. Das erste Opfer war Wilhelm II., der von der Regierung zum Rücktritt aufgefordert wurde. Er trat im Hauptquartier in Spa am 9. November zurück, übergab Hindenburg den Oberbefehl über das deutsche Heer und flüchtete, von diesem mit falschen Informationen in Panik versetzt, nach Holland. Am gleichen Tag wurde in Berlin die Republik ausgerufen und Max von Baden trat als Kanzler zurück: Die Geschäfte der Regierung wurden Friedrich Ebert übergeben, der sie mit dem „Rat der Volksbeauftragten“ übernahm.

Am 11. November wurde der Waffenstillstand verkündet – mit gravierenden Bestimmungen. Eine davon war, alle deutschen Truppen hinter die Grenzen von 1914 zurückzuführen. Diese Millionen zu demobilisieren, war Hindenburgs Aufgabe. Er verband sie mit dem Ziel, die bewaffnete Macht als Mittel gegen einen revolutionären Prozess wie in Russland einzusetzen und wurde daher zum Partner Eberts, des faktischen neuen Reichskanzlers, und Gustav Noskes, des Volksbeauftragten für Heer und Marine. Da die Forderung Eberts, zehn Divisionen zum Einsatz gegen die sich radikalisierte und ausbreitende revolutionäre Bewegung in Berlin abzukommandieren, scheiterte, wurden auf Befehl Hindenburgs und in Absprache mit Ebert aus den „zuverlässigsten Frontsoldaten“ unter Leitung erfahrener Offiziere und Generäle Freiwilligenverbände aufgestellt, die sogenannten Freikorps.<sup>22</sup> Innerhalb eines halben Jahres belief sich die Truppenstärke dieser Verbände schon auf 200 000. Sie zerschlugen, verstärkt durch reguläre Truppen, im Januar 1919 den Aufstand von Kommunisten und „revolutionären Obleuten“ in Berlin und ermordeten deren Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Im Februar bzw. April marschierten sie gegen die „Räterepubliken“ in Bremen und München.<sup>23</sup>

Am 3. Juli 1919 wurde die Oberste Heeresleitung aufgelöst, und Hindenburg ging zum zweiten Mal in Pension. Er begann machte sich jetzt an die einzige noch verbleibende Aufgabe – die Abfassung seiner Memoiren. Deren zentrales Thema würde die Frage nach den Gründen der Niederlage des Krieges sein, den er zwei Jahre lang von verantwortlicher Stelle aus geführt hatte. Die Antwort, die das 1920 erschienene Buch gab, geschah in der

Form eines bekannten Bildes: „Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speer des grimmigen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front; vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu finden.“<sup>24</sup> Der Verweis auf den Meuchelmord am deutschen Helden Siegfried war die abgemilderte Version der berüchtigten „Dolchstoßlegende“. Deren eindeutiger Fassung hatte Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages, der die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 ergründen wollte, schon am 18. November 1919 geliefert. In seiner mit Ludendorff abgestimmten Erklärung wies er daraufhin, dass die deutsche Friedenspolitik vor dem Krieg versagt habe, im Krieg hätten sich dann Parteiinteressen breit gemacht. „Diese Umstände führten bald zu einer Spaltung und Lockerung des Siegeswillens. Ich wollte kraftvolle und freudige Mitarbeit, und bekam Versagen und Schwäche.“ Dann holte Hindenburg zur offenen Anklage aus: „Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt.[...] So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden‘.“<sup>25</sup> Der englische General, den Hindenburg zitierte, hatte in einem Interview mit Ludendorff auf dessen Behauptung vom Dolchstoß nachgefragt: „Sie meinen wirklich, dass ihre Truppen von hinten erdolcht worden sind?“ So wurde aus einem fragenden englischen General ein beglaubigter Zeuge für eine Lüge, die durch den Abdruck in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 17. Dezember 1918 zusätzlich legitimiert wurde.<sup>26</sup> Die Dolchstoßlegende als Angriff auf die Linke war schon frühzeitig in der OHL und im Kreis der Befehlshaber aufgetaucht und hatte immer auch schon einen anderen Gegner mitgemeint – die Juden. Hindenburgs Hetze gegen die Verantwortlichen für die Friedensresolution im Reichstag im Herbst 1917 legte in der Bildsprache diesen Zusammenhang nahe: „Diese Blutegel, die sich am Krieg vollsaugen und uns sofort mit irrsinnigem Friedensgeheul in den Rücken fallen, wenn ihr Raub unter die Räder geraten will.“<sup>27</sup> Jetzt, nach der von ihm an maßgebender Stelle mitverantworteten Niederlage, durfte der Kriegsheld Hindenburg diese Unterstellung von der Schuld der Linken und Juden im Reichstag vortragen. Der „Deutschvölkische Schutz und Trutzbund“, die mit 300 000 Mitgliedern größte antisemitische Massenorganisation in der frühen Zeit der Republik, der sich auf die Hetze gegen die Juden als Verursacher von Niederlage und Revolution spezialisiert hatte und deren „restlose Ausscheidung“ aus Deutschland forderte,<sup>28</sup> hatte seinen renommiertesten Zeugen gefunden.

## 2. *Der Ersatzkaiser*

Am 26. April 1925 wurde Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg als Nachfolger des verstorbenen Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt. Er hatte als Kandidat von drei rechten Parteien – der katholischen „Bayerischen Volkspartei“ (BVP), der die Interessen der Großindustrie vertretenden „Deutschen Volkspartei“ (DVP) und der rechtsradikalen „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) – die sich im sogenannten „Reichsblock“ zusammengeschlossen hatten, 14,7 Millionen Stimmen erhalten. Sein Gegenkandidat, Wilhelm Marx, ein prominentes Mitglied der Katholiken-Partei „Zentrum“, war von dieser Partei, der SPD und der liberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ – dem sogenannten „Volksblock“ – als Kandidat nominiert worden und hatte 13,8 Millionen Stimmen bekommen. Die Kandidatur Hindenburgs war kein Zufall: Schon 1919 hatte ihn die DNVP, die Nachfolgerin der „Deutschen Vaterlandspartei“, aufgefordert, Mitglied zu werden, was er aus taktischen Gründen abgelehnt hatte. Aber dem Vorschlag von DNVP und DVP, ihr Kandidat bei der für 1920 angesetzten Reichspräsidentenwahl zu werden, war er gerne gefolgt. Leider hatte der rechtsradikale Kapp-Putsch, dem Hindenburgs Sympathien galten, diesen Plan durchkreuzt: Der Kandidat zog zurück, wegen des aufgewühlten politischen Klimas – die Gewerkschaften und linken Parteien hatten den Aufstand mit einem Generalstreik beendet – und weil gute Bekannte, wie Wolfgang Kapp, und ehemalige Kameraden, wie der ranghöchste General der Reichswehr, Walther von Lüttwitz, und der General a. D. Erich Ludendorff, zu den Initiatoren bzw. Drahtziehern des Putsches gehört hatten. Jetzt, fünf Jahre später, hatte die Hindenburg-Karte gezogen.

Hindenburg hatte sein politisches Programm vor seiner Wahl in einem „Aufruf an das deutsche Volk“, dem sogenannten „Osteraufruf“, vorgestellt: „Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reiche angetragen. Ich folge diesem Ruf nach ernster Überlegung in Treue zum Vaterland. [...] Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zerspaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit. [...] Auch [...] in jetziger Zeit [erachte ich] nicht die Staatsform, sondern den Geist für entscheidend, der die Staatsform beseelt. [Daher reiche ich] jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen und sozialen Frieden will und bitte ihn: Hilf auch Du mir zur Auferstehung unseres Vaterlandes.“<sup>29</sup> Politische Begriffe wie Republik, Regierung, Reichskanzler, Parlament oder Reichstag kommen in dieser Rede nicht



vor. Hindenburg schätzte eher naturhafte Kategorien wie Volk oder Vaterland und sprach lieber von einem bestimmten Geist statt von der Verfassung.

Historiker haben rückblickend angesichts dieser Entscheidung für einen Anhänger des alten, untergegangenen Systems nicht mit Kritik gespart. Horst Möller hat von einer „Kriegserklärung an die Republik“ gesprochen und Hindenburg wegen dessen Verantwortung für die Dolchstoß-Lüge „jegliche politische und moralische Eignung für dieses Amt“ abgesprochen.<sup>30</sup> Auch Hans Mommsen sprach von einer „Niederlage der Republik“ und wies warnend auf die politische „Polarisierung“ in Form eines „Reichsblockes“ und eines „Volksblockes“ hin, die „tiefer reiche als bloße Zweckbündnisse“.<sup>31</sup> Hans-Ulrich Wehler charakterisierte das Ereignis als „Umgründung der Republik im Sinne des Rechtslagers.“ Jetzt hätten die ostelbischen Großgrundbesitzer und die Militärführung einen direkten Zugang zum „Ersatzkaiser“ gewonnen.<sup>32</sup> Er wies daraufhin, dass das Amt des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik über eine eminente Macht verfügt habe – das Recht zur Nominierung des Reichskanzlers, das Recht zur Auflösung des Reichstages, die Verfügung über den militärischen Oberbefehl, schließlich die verfassungsmäßige Berechtigung, in Krisenzeiten den Ausnahmezustand zu verhängen und mit Notverordnungen zu regieren.<sup>33</sup>

Hindenburg war sich über diese exekutive Machtposition von Beginn an im Klaren und hat sie konsequent bis an die Grenzen der Verfassung, ja darüber hinaus ausgenutzt. Schon vier Monate nach seiner Wahl erklärte er in einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held und dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht, „daß die Weimarer Verfassung nun einmal da sei und von ihm beachtet werden müsse, daß er sie aber keineswegs als Dogma betrachte und ihren Abbau etappenweise ins Auge fasse.“<sup>34</sup> Jetzt versteht man, warum für Hindenburg „der Geist“ wichtiger war als „eine Staatsform“. Man hatte bald Gelegenheit, zu erkennen, welcher Art dieser Geist war: Seine Politik in den nächsten vier Jahren verriet eine grundsätzliche Missachtung demokratischer Auffassungen und parlamentarischer Spielregeln.

- 1925 unterstützte Hindenburg zwar den Versuch des Außenministers Gustav Stresemann, den Versailler Vertrag durch Abschluss eines Sicherheitspaktes zu entschärfen, weigerte sich aber dessen zentrales Element, den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, zu unterschreiben. Erst nach großen Zugeständnissen – z. B. wurde Polen hinsichtlich seines Status eine Gleichbehandlung mit Deutschland verweigert – stimmte er dem Vertragswerk zu.

- 1926 blockierte er ein Gesetz, das die finanzielle Abfindung der deutschen Fürsten regeln sollte in einer Weise, dass sein Biograph davon sprach, er habe „das Geschäft der ehemals regierenden Fürstenhäuser betrieben“. <sup>35</sup> Als SPD und KPD daraufhin einen Volksentscheid zur Enteignung initiierten, der die Zustimmung von 12, 5 Millionen Deutscher erhielt, gab er seine vom Amt gebotene Überparteilichkeit auf und kommentierte den Vorgang in aller Öffentlichkeit so: „Das Volksbegehren [beseitige] den Rechtsstaat und [beschreite] einen Weg, ,der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab“ führe.“<sup>36</sup>
- In der äußerst sensiblen Frage des Umgangs mit den Symbolen des untergegangenen Kaiserreiches setzte er 1926 durch, dass die kaiserliche schwarz-weiß-rote Handelsflagge nicht nur an Bord verwendet, sondern neben Schwarz-Rot-Gold auch vor den Konsulaten und Botschaften in Übersee aufgezo-gen wurde. Als sich die kleine „Deutsche Demokratische Partei“ dem widersetzte, drohte er mit Rücktritt – die Verordnung blieb in Kraft.
- Auch bei der 1928 erfolgten Vorlage des Etats zur Finanzierung des Baus eines Panzerkreuzern, mit dem ein am Parlament vorbei geplantes und abgesprochenes vierjähriges Aufrüstungsprogramm eingeleitet und zugleich getarnt werden sollte, setzte er erfolgreich das Mittel der Rücktrittsdrohung ein.

1929 unterstützte Hindenburg zwar Stresemanns noch kurz vor dessen Tod betriebenen Schritt, die drückende Last der im Versailler Vertrag festgelegten Reparationszahlungen endgültig abzuschütteln: Im sogenannten „Young-Plan“ wurden erstmals eine Gesamtsumme und ein Enddatum festgelegt. Aber die DNVP, nach dem Urteil von Hindenburgs Biograph, „die Partei seines Herzens“, <sup>37</sup> hatte zusammen mit der NSDAP ein Volksbegehren gegen den Deutschland „versklavenden“ Umschuldungsplan in Gang gesetzt: Die Annahme des Young-Plans sollte gesetzlich verboten und jeder Minister, der diesen unterzeichnen würde, strafrechtlich belangt werden. Die Kampagne scheiterte zwar kläglich, aber der Freundes- und Kameradenkreis Hindenburgs kritisierte ihn heftig, sich an diesem „Ausverkauf“ Deutschlands durch eine SPD-geführte Regierung beteiligt zu haben. Die Nazi-Presse giftete im gleichen Sinne: „Der ‚Sieger von Tannenberg‘ sei politisch fahnenflüchtig geworden und ins Lager der antinationalen Kräfte übergelaufen“. Selbst im Familienkreis hatte Hindenburg Mühe, seine Haltung zu verteidigen. <sup>38</sup>

Gleichzeitig nahm der Druck der Interessenverbände der Industriellen und Agrarier auf den Präsidenten zu: Die von den USA 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise hatte auch

Deutschland erreicht. In der Landwirtschaft wirkten sich Preisverfall und hohe Zinsbelastungen aus, im industriellen Sektor führte der Produktionsrückgang um 40% zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen auf 2 Millionen. Dadurch wurden auch die sozialen Sicherungssysteme in Mitleidenschaft gezogen und gerieten in die Krise.<sup>39</sup> Wegen des Konflikts um eine Beitragserhöhung von 0,5 % in der Arbeitslosenversicherung brach im März 1930 die letzte Reichsregierung unter Führung der SPD auseinander. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Reichslandbund nutzten diese Auseinandersetzungen, um, wie Wehler konstatiert hat, einen Generalangriff „gegen den verhaßten ‚Gewerkschaftsstaat‘ und die Lasten der sozialstaatlichen Politik“ zu führen, „mit dem Ziel [...], den Umbau der parlamentarischen Regierung in ein autoritäres System voranzutreiben“.<sup>40</sup>

Nicht eine im Dunkeln agierende undurchsichtige „Kamarilla“, aus Hindenburgs Sekretär Otto Meißner und seinem Sohn Oskar von Hindenburg bestehend, wirkten als Einbläser bei diesem Übergang: Der erste war ein pflichtbewusster und diskreter Beamter, letzterer bezeichnete sich selbst als „Kammerdiener in Uniform“.<sup>41</sup> Seine Berater hatten ein anderes intellektuelles Format und bekleideten wichtige Staatsämter. Vor allem der General Kurt von Schleicher, Leiter des Ministeramtes im Reichswehrministerium, gehörte in den folgenden Jahren dazu. Schleichers Empfehlung, geboren aus der Furcht vor dem Bürgerkrieg wie der Sorge um die Weiterführung der heimlichen Aufrüstung und gestützt auf die Expertisen des Verfassungsspezialisten Carl Schmitt, der im zuarbeitete, entsprach Hindenburgs seit langem angestrebten „Abbau“ der Verfassung – Verstärkung der Macht des Präsidenten und Regieren mit exzessiver Anwendung von Notverordnungen. Das würde auch seine in der Young-Kampagne enttäuschten deutschnationalen Freunde und Kameraden, die er über den neuen Kurs sofort informierte, zufriedenstellen: „Ein Präsidialkabinett ‚anti-parlamentarisch‘ und ‚anti-marxistisch‘ orientiert und von der Vertreibung der SPD aus der preußischen Regierung begleitet.“<sup>42</sup> Schleicher präsentierte auch einen Kandidaten als Regierungschef – den ehemaligen Offizier und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der Zentrumsparlei Heinrich Brüning. Dieser wurde am 30. März 1930 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt mit dem Auftrag, „ein nicht an die Parteien gebundenes Kabinett zu bilden“.<sup>43</sup>

Am 16. Juli wurde die erste Notverordnung zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ erlassen, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Die Wahl am 14. September 1930 wurde ein politischer Erdbeben: Die SPD blieb trotz leichter Verluste mit 143 Abgeordneten stärkste Partei, und auch das Zentrum hatte mit 68 Sitzen seine Position

behauptet. Der Wahlsieger hieß NSDAP – die Zahl ihrer Sitze war von 12 Abgeordneten auf 107 angestiegen. Der Zuwachs resultierte vor allem aus dem Wählerreservoir der deutschnational-konservativen Parteien: die DNVP hatte die Hälfte ihrer Wähler verloren und zählte nur noch 41 Sitze, die DVP hatte ein Drittel ihrer Wähler verloren und verfügte nur noch über 30 Abgeordnete.<sup>44</sup> Karl-Dietrich Bracher hat die Cäsur dieser Wahl damit charakterisiert, dass „die traditionelle Antithese von bürgerlicher und sozialistischer Politik [...] durch die übergreifende Alternative von demokratischer und totalitärer Politik abgelöst“ worden sei.<sup>45</sup> Hindenburgs Entscheidungen in den nächsten zweieinhalb Jahren, das wird keinen verwundern, verliefen in Richtung einer totalitären Lösung. Er stand jetzt, als Chef einer „parlamentarisch tolerierte[n] Präsidialregierung“ im Zentrum der deutschen Politik.<sup>46</sup> Dieser Wechsel, der das Parlament als Träger parlamentarischer Willensbildung aufhob, lässt sich in Zahlen so ausdrücken: 1930: 5 Notverordnungen und 94 Sitzungen, 1931: 44 Notverordnungen und 41 Sitzungen, 1932: schon 60 Notverordnungen und nur 13 Sitzungen.<sup>47</sup> Auch das Verfahren der Regierungsbildung entsprach dieser beschleunigten Entdemokratisierung: Als Reichskanzler Brüning im Oktober 1931 ein neues Kabinett bildete, lautete Hindenburgs Auftrag – eine völlig „unabhängige“ Regierung „ohne partiemäßige Bindungen“.<sup>48</sup>

### **3. *Der Geist von 1914***

Die Geschichte der Jahre 1930-1933 erscheint auch im Rückblick unübersichtlich und sprunghaft zu sein – eine Reichstagswahl 1930, zwei Regierungen des Reichskanzlers Brüning, eine Reichspräsidentenwahl und zwei Reichstagswahlen 1932, die Regierungen Papen und Schleicher 1932/33, Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933. Die Ereignisse gewinnen eine gewisse Ordnung, wenn man die Figur Hindenburgs als Kompass wählt:

- Am 10. Oktober 1931 empfing der Reichspräsident zum ersten Mal Adolf Hitler. Seine Einladung diente dem Kennenlernen und – nach dem Erdrutsch-Sieg der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 – der Sondierung bezüglich einer möglichen politischen Zusammenarbeit für die Zeit nach Brüning. Zudem wollte sich Hindenburg die Unterstützung des Parteiführers für seine Bestätigung im Amt 1932 des Reichspräsidenten 1932 sichern. „Hitler hat mir sehr gefallen“, so lautete sein Kommentar über den einfachen Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges, der sich anschickte, die deutsche Politik zu dominieren.<sup>49</sup> Das rechte Lager aus DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Alldeutscher Verband usw., das sich einen Tag später in Bad Harzburg auf Initiative des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg unter dem

Namen „Harzburger Front“ als „nationale Opposition“ präsentierte, wäre Hindenburgs Wunschkoalition gewesen. Aber die „Heerschau“ hatte nur eine „Demonstration der Uneinigkeit“ geboten und lehnte es zudem ab, sich seiner Politik zur Verfügung zu stellen.<sup>50</sup> „Hätte die Rechte nicht wiederholt abgesagt, dann wäre schon alles in Ordnung. Ich gebe die Hoffnung aber nicht auf“, schrieb er am 14. Oktober 1931 seiner Tochter.<sup>51</sup>

- Die Spaltung der „nationalen Kräfte“ zeigte sich in aller Schärfe, als Hitler bei der Reichspräsidentenwahl gegen Hindenburg kandidierte und diesem beim zweiten Wahlgang am 10. April 1932 mit 13,4 Millionen gegenüber 19,3 Millionen Stimmen unterlag. Was für den Sieger Hindenburg schlimmer wog: Er war von denjenigen Parteien gewählt worden, deren er sich mit Hilfe von Brüning's Notverordnungen hatte entledigen wollen – SPD und Zentrum. Seine Rundfunkansprache am 10. März, vor dem ersten Wahlgang, zeigte, welche Parteien und Bünde stattdessen seine Ansprechpartner waren: „Das große Ziel können wir nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenfinden. [...] Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgesinnung, die nach dem Mann fragte und nicht nach dem Stand oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob [...], so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.“<sup>52</sup> Um das zu erreichen, bestimmte er am 31. Mai 1932 den ehemaligen Ulanen-Offizier und ultrarechten Zentrumsabgeordneten Franz von Papen zum Kanzler. Dieser, der schon 1925 zur Wahl Hindenburgs statt des Parteifreundes Marx aufgerufen hatte, trat jetzt demonstrativ aus seiner Partei aus<sup>53</sup> und bot sich an, den Weg der Präsidialkabinette zu verlassen, um durch eine „autoritäre Regierung“ – eine „Regierung Hindenburg“<sup>54</sup> – eine „Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte“ zu erreichen.<sup>55</sup> Am Vorabend der Ernennung Papens hatte Hindenburg zum zweiten Mal Hitler empfangen, um diesem die Erfüllung aller seiner Forderungen zuzusagen. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: „Das System ist im Fall.“ Hitler habe ihm berichtet, das Gespräch mit Hindenburg sei gut verlaufen: „Das S.A. Verbot wird fallen. Uniformen sollen wieder erlaubt sein. Der Reichstag wird aufgelöst. Das ist das Allerwichtigste. v. Papen ist als Reichskanzler vorgesehen. Aber das interessiert nun nicht so. Wählen! Wählen! Heran ans Volk. Wir sind alle sehr glücklich.“<sup>56</sup>
- Am 13. August 1932 kamen Hindenburg und Hitler erneut zusammen. Der Reichspräsident sah sich dazu veranlasst, weil die NSDAP bei den Wahlen im Juli die

Zahl ihrer Abgeordneten mehr als verdoppelt hatte und mit 230 Sitzen zur stärksten Partei im Reichstag geworden war. Hitlers Forderung, ihm und seiner Partei „die Staatsführung in vollem Umfange“ zu übergeben, lehnte Hindenburg ab.<sup>57</sup> Sein Angebot, in einem Kabinett von Papen Vizekanzler zu werden, verwarf Hitler. Die Verhandlungen waren gescheitert. „Wir sind ja beide alte Kameraden und wollen es bleiben, da später uns der Weg wieder zusammenführen kann“, so verabschiedete der Präsident seinen ungestüm zur Macht drängenden Gast.<sup>58</sup> Diese Wegscheide, auf der sich beide wieder trafen, sollte sich bald ergeben.

- Nach den Wahlen am 6. November 1932 hatte die NSDAP erstmals einen Rückgang der Stimmen um 2 Millionen zu verzeichnen. Eine neue Lage war dadurch nicht entstanden. Daher erklärte Papen, um einer Kanzlerschaft Hitlers, die in einer Eingabe prominenter Wirtschaftsführer gefordert worden war, nicht im Weg zu stehen am 17. November seinen Rücktritt. In dem nun folgenden zweiwöchigen Interregnum versuchte Hindenburg, einen Ausweg zu finden. Er empfing am 19. November Hitler, erstmals unter vier Augen und mit einem eindringlichen Appell: „Helfen Sie mir. Ich erkenne durchaus den großen Gedanken an, der in Ihnen und Ihrer Bewegung lebt, und würde es daher begrüßen, Sie und ihre Bewegung an der Regierung beteiligt zu sehen.“<sup>59</sup> Dann zeigte er sich zum ersten Mal offen gegenüber Hitlers Forderung der Führung einer neuen Regierung und schloss eine solche nicht mehr aus. Und auch sein Gegenüber verzichtete auf das Recht, alleine die Zusammensetzung des Kabinetts zu bestimmen. Vor allem aber bot er Hindenburg an, unter Vermeidung sowohl der Fortsetzung der Präsidialdiktatur als auch der Wiederherstellung der alten Parlamentsherrschaft eine verfassungsmäßige Lösung an: Er werde, so Hitler, nach Neuwahlen die Parteien um Zustimmung für ein Ermächtigungsgesetz ersuchen, das der Exekutive erlaube, für einen befristeten Zeitraum ohne Parlament zu regieren – „Eine solche Ermächtigung wird vom Reichstag niemand anderes als ich bekommen. Damit wäre die Schwierigkeit gelöst.“<sup>60</sup> Am 21. November erteilte Hindenburg nach einem erneuten Treffen Hitler den offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung. Weil aber der Präsident dafür einige einschränkende Auflagen erteilt hatte, gab Hitler den Auftrag zurück.
- Es sollte nur ein Aufschub sein: Der am 2. Dezember 1932 zum neuen Regierungschef bestimmte ehemalige Reichwehrminister Schleicher, der versprochen hatte, die NSDAP mit Hilfe von deren Organisationsleiter Gregor Strasser zu spalten und mit der Nazipartei, aber ohne Hitler eine Parteienkoalition zu bilden, war schon nach einer

Woche gescheitert, weil Hitler den gegen ihn geplanten Putsch zerschlug. Schleicher blieb nur im Amt, weil Hindenburg einen Paravent brauchte, in dessen Schutz sein offizieller Beauftragter Papen Sondierungen aufnahm, um doch noch eine von Hitler geführte „nationale“ Regierung zu ermöglichen. Seit 4. Januar 1933 wurden daraus konkrete Verhandlungen, die am 28. Januar zum Rücktritt Schleichers und am 30. Januar 1933 zur Ernennung Hitlers zum Kanzler einer von NSDAP, DNVP und Stahlhelm gebildeten Koalitionsregierung durch Hindenburg führten. Während der dreiwöchigen Regierungsbildung, die er „allein zu verantworten hatte“ und die er über seinen Beauftragten Papen „auch allein [durchführte]“<sup>61</sup> hatte ihm Göring das Versprechen gegeben, dass eine Regierung Hitler „seine Stellung und seine Befugnisse respektieren“ werde.<sup>62</sup>

Der Reichspräsident hatte sein Ziel erreicht: Was nach dem 30. Januar folgte, entsprach seinen Vorstellungen und führte darüber hinaus zu einer nur „symbiotisch zu nennenden Beziehung“ zwischen Hitler und ihm.<sup>63</sup>

- Die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die „Beschränkungen“ aller demokratischen Grundrechte erlaubte, unterschrieb er am 28. Februar 1933, weil er keinen Zweifel daran hatte, dass der Brand im Reichstag von den Kommunisten gelegt worden war und der Auftakt eines gewaltsamen Umsturzes gewesen sei.
- Den Ausgang der Reichstagswahlen am 5. März, den letzten Akt der legalen Machtübertragung auf Hitler, kommentierte er höchst zufrieden – „jetzt [sei] mit der Wählerei ein für allemal Schluß.“<sup>64</sup>
- Die Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ am 23. März, das der Regierung die totale Macht in der Gesetzgebung übertrug, entsprach seinen Vorstellungen. Versuche der deutschnationalen Kabinettsmitglieder wie der Zentrumspartei, ihn zu bewegen, sich als Kontrollinstanz an der Ausarbeitung der Gesetze zu beteiligen, erteilte er eine Absage – „die Mitwirkung des Reichspräsidenten [sei] nicht erforderlich.“<sup>65</sup>
- Der am 7. April per Gesetz verfügte Ausschluss aller Juden und „politisch Unzuverlässigen“ aus allen öffentlichen Ämtern fand seine Billigung. Die Ostjuden hatte er schon in seiner Zeit als Generalfeldmarschall an der Ostfront kollektiv zu „Judas Ischarioths“ erklärt.<sup>66</sup> Die assimilierten deutschen Juden waren für ihn Schacherer, die er aus Anlass der Friedensresolution von 1917 „Blutegel“ genannt,<sup>67</sup> und denen er in seiner Wahlrede Ostern 1925 vorgeworfen hatte, „aus der Politik ein

Geschäft gemacht zu haben“.<sup>68</sup> Es verwundert daher nicht, dass sein einziger Beitrag zu diesem Getz, mit dem die Verfolgung und Ausgrenzung der Juden in Deutschland begann, darin bestand, dass die jüdischen Frontsoldaten von dem Berufsverbot zunächst ausgenommen wurden.

- Auch die Ermordung der SA-Führung im Rahmen des sogenannten „Röhm-Putsches“ am 30. Juni 1934, über die er von Hitler persönlich informiert wurde, hat er als Beitrag zur Stärkung der Reichswehr gebilligt. Die Erschießung von Schleicher und Strasser buchte er ab unter dem Titel „Verrat“.

Hindenburg starb wenig später am 2. August. In seinem kurz davor verfassten politischen Testament hat er noch einmal präzise den antidemokratisch-totalitären Kurs, den er als Reichspräsident verfolgt hatte, auf eindrückliche Weise zusammengefasst. Die Zerstörung der Republik und die Übertragung der Macht an Hitler war nicht zufällig und erst nicht fremdbestimmt, sondern seine rationale Entscheidung gewesen: „Von der Osterbotschaft des Jahres 1925 an [...] bin ich nicht müde geworden, die innere Einheit des Volkes und die Selbstbesinnung auf seine besten Eigenschaften zu fördern. Dabei war mir bewußt, daß das Staatsgrundgesetz und die Regierungsform, welche die Nation sich in der Stunde großer Not und innerer Schwäche gegeben, nicht den wahren Bedürfnissen und Eigenschaften unseres Volkes entsprachen. Die Stunde mußte reifen, wo diese Erkenntnis Allgemeingut wurde. Daher erschien es mir Pflicht, das Land durch das Tal äußerer Bedrückung und Entwürdigung, innerer Not und Selbstzerfleischung ohne Gefährdung seiner Existenz hindurchzuführen, bis diese Stunde anbrach.“<sup>69</sup>

Hindenburg gehört zu denjenigen, die maßgeblich zur Verlängerung des Ersten Weltkriegs und zu den harten Bedingungen des Versailler Vertrages beigetragen haben. Er trägt durch die Formulierung und Propagierung der „Dolchstoßlegende“ Verantwortung für die Vergiftung des politischen Klimas und der Ausbreitung des Antisemitismus schon in den frühen Jahren der Weimarer Republik. Er hat seine Macht als Reichspräsident zur Zerstörung dieser demokratischen Republik eingesetzt und Hitler zu deren totalitärem Erben gemacht. Die vielfachen Verfassungsbrüche wie die Verbrechen gegen Juden und nichtjüdische Gegner des Regimes hat er mit seinem Namen und seinem Nimbus gedeckt und gerechtfertigt. Er gehört als eine der verhängnisvollsten Politiker zum historischen Gedächtnis der Deutschen, aber er kann nicht Teil einer demokratischen Erinnerungskultur und erst recht nicht zum Vorbild der Jugend wie der zukünftigen Generationen werden.



- 
- <sup>1</sup> Jochen Partsch, Brigitte Lindscheid, Begründung zur Magistratsvorlage vom 28. 8. 2013.
- <sup>2</sup> Pyta, S. 105.
- <sup>3</sup> Zit. ebd., S. 207.
- <sup>4</sup> Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949 (München 2003), Bonn 2009, S. 113.
- <sup>5</sup> Zit. Wehler, S. 112.
- <sup>6</sup> Zit. Pyta, S. 238.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 235.
- <sup>8</sup> Wehler, S. 145.
- <sup>9</sup> Ebd., S. 144.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 153.
- <sup>11</sup> Pyta, S. 261.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 262.
- <sup>13</sup> Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 159 ff.
- <sup>14</sup> Anders Hagenlücke, S. 276.
- <sup>15</sup> Hagenlücke, S. 132 ff.
- <sup>16</sup> Ebd., S. 161, 146.
- <sup>17</sup> Zit. ebd., S. 276.
- <sup>18</sup> Ebd., S. 282-289.
- <sup>19</sup> Zit. ebd., S. 281.
- <sup>20</sup> Ebd., S. 180 f.
- <sup>21</sup> Wehler, S. 125, 111.
- <sup>22</sup> Ebd., S. 217.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 385.
- <sup>24</sup> Zit. Pyta, S. 437.
- <sup>25</sup> Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985, S. 68.
- <sup>26</sup> Ebd., S. 67.
- <sup>27</sup> Zit. Pyta, S. 261.
- <sup>28</sup> Vgl. Hannes Heer u. a., Verstummte Stimmen. Die Vertreibung der „Juden“ und „politisch Untragbaren“ aus den hessischen Theatern 1933 bis 1945, Berlin 2011, S. 25 ff.
- <sup>29</sup> Zit. Pyta, S. 229 f.
- <sup>30</sup> Möller, S. 73.
- <sup>31</sup> Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt a. M., Berlin 1990, S. 247.
- <sup>32</sup> Wehler, S. 513.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 351.
- <sup>34</sup> Zit. Pyta, S. 486.
- <sup>35</sup> Ebd., S. 508.
- <sup>36</sup> Zit. Mommsen, S. 250.
- <sup>37</sup> Pyta, S. 389.
- <sup>38</sup> Ebd., S. 551 f.
- <sup>39</sup> Ulrich Kluge, Die Weimarer Republik, Paderborn, München 2006, S. 306 ff.
- <sup>40</sup> Wehler, S. 514.
- <sup>41</sup> Zit. Pyta, S. 559.
- <sup>42</sup> Mommsen, S. 288.
- <sup>43</sup> Ebd., S. 295.
- <sup>44</sup> Vgl. Kluge, S. 361-374.
- <sup>45</sup> Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964, S. 370.
- <sup>46</sup> Ebd.
- <sup>47</sup> Ebd., S. 422.
- <sup>48</sup> Ebd., S. 416.
- <sup>49</sup> Zit. Pyta, S. 1014, Fußnote 43.
- <sup>50</sup> Mommsen, S. 407.
- <sup>51</sup> Zit. Pyta, S. 634.

- 
- <sup>52</sup> Ebd., S. 668.
- <sup>53</sup> Richard Evans, *Das Dritte Reich*, 3 Bde., Bd. 1: *Der Aufstieg*, München 2004, S. 385.
- <sup>54</sup> Bracher, S. 538.
- <sup>55</sup> Ebd., S. 536.
- <sup>56</sup> Zit. Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 1998, S. 460 f.
- <sup>57</sup> Ebd., S. 468.
- <sup>58</sup> Zit. Pyta, S. 720.
- <sup>59</sup> Zit. ebd., S. 753.
- <sup>60</sup> Zit. ebd., S. 755.
- <sup>61</sup> Ebd., S. 791.
- <sup>62</sup> Evans, S. 411.
- <sup>63</sup> Pyta, S. 805.
- <sup>64</sup> Ebd., S. 819.
- <sup>65</sup> Zit. ebd., S. 825.
- <sup>66</sup> Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg an Cosima Wagner, 14. 12. 1914, in: *Briefwechsel zwischen Cosima Wagner und Ernst Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg*, Stuttgart 1937, S. 338.
- <sup>67</sup> Vgl. S. 7.
- <sup>68</sup> Zit. Möller, S. 229.
- <sup>69</sup> Zit. Pyta, S. 861.